

3.30 Solidarität – Chance für die Zukunft! Skizze einer gerechteren Gesellschaft

Diskussionspapier

Beschluss der BDKJ-Hauptversammlung vom 10. – 13. Mai 2001

Solidarität und Gerechtigkeit sind die Voraussetzungen für eine Gesellschaft, die für alle Lebensperspektiven, Chancen zur persönlichen Entfaltung und zu einem sozialen Miteinander eröffnet. Die gesellschaftliche Situation in der Bundesrepublik Deutschland ist nach wie vor gekennzeichnet von einer wachsenden Entsolidarisierung und einem Verlust an gerechter Beteiligung und Verteilung. Dies erschwert es gerade der jungen Generation eigenständige Lebensplanungen zu vollziehen, denn es sind ihnen zum Teil schon in frühen Jahren durch ungerechte Strukturen Wege in die Zukunft verbaut. Die BDKJ Hauptversammlung stellt daher einige Lebensbereiche, in denen sie deutlichen Handlungsbedarf im Hinblick auf gerechtere Gesellschaft sieht, heraus, benennt aus ihrer Sicht Grundlinien für eine Kultur der Solidarität und skizziert daher einen Gesellschaftsentwurf, der sich stärker an Solidarität und Gerechtigkeit orientiert.

Gesellschaftliche Ausgangslage

Familienarmut

Kinder sind in der reichen Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland zum größten Armutsrisiko geworden. Das Ehegattensplitting sowie Verbrauchssteuern und Gebühren begünstigen einseitig Ehepaare ohne Kinder bzw. Haushalte mit geringer Personenzahl. Dies trägt zu einer Umverteilung zu Lasten der Familien mit Kindern bei. Die Generationengerechtigkeit funktioniert nicht mehr, denn finanzielle Lasten werden einseitig auf die Generation der Kinder und Jugendlichen sowie auf die Zukunft gelegt. So finanzieren die jüngeren Arbeitenden den Älteren mit ihren Beiträgen eine Alterssicherung, die ihnen selber in dieser Höhe nicht mehr zustehen wird.

Sozialer Status durch Erwerbsarbeit

Die Erwerbsarbeit ist der dominante Faktor der heutigen Gesellschaft. Erwerbsarbeit ist die Voraussetzung für die Teilhabe am kulturellen, politischen und sozialen Leben und bestimmt den gesellschaftlichen Status. Das damit verbundene Gesellschaftsmodell setzt die Vollbeschäftigung voraus, erfüllt angesichts

der verstetigten Massenarbeitslosigkeit jedoch seine Funktion nicht mehr. Das Ergebnis ist eine zunehmende Spaltung der Gesellschaft in ArbeitsplatzinhaberInnen und Menschen, die ohne Erwerbsarbeit sind.

Abbau statt Weiterentwicklung der Strukturen sozialer Umverteilung

Das deutsche Sozialsystem ist an Erwerbsarbeit gekoppelt und durch die verstetigte Massenarbeitslosigkeit in eine Finanzierungs Krise geraten. Es mehrten sich die Stimmen, die das Sozialsystem der BRD und seine Leistungen als unhaltbar ansehen. Deutlich ist aber, dass nicht die Leistung des Sozialsystems, sondern seine Finanzierungen unhaltbar sind. Schon heute wird eine zunehmende Zahl von Menschen von dem an Erwerbsarbeit gekoppelten sozialen Sicherungssystem ausgeschlossen. Ihnen bleibt nur die Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem Bundessozialhilfegesetz, die Sozialhilfe. Sie wird in einer Höhe geleistet, die unter den kulturellen und sozialen Bedingungen der Bundesrepublik Deutschland kein Leben in Würde mit ausreichender Partizipation an den zentralen Bereichen unserer Gesellschaft gewährleistet. Es muss jeweils Bedürftigkeit nachgewiesen werden, der als erniedrigend empfundene Gang zum Sozialamt führt zu Stigmatisierung und Resignation. Dies hindert viele Menschen daran, ihr Recht auf Sozialhilfe in Anspruch zu nehmen.

Soziale Umverteilung findet in Deutschland heute im Rahmen der Einkommenssteuer, der Rentenversicherung sowie der Pflegeversicherung statt. Mit den Reformen der letzten Jahre, u.a. der jüngsten Rentenreform, wird der schrittweise Abbau der Möglichkeiten sozialer Umverteilung durch eine Stärkung kapitalgestützter Anteile nach dem Muster privater Versicherungen verschärft.

Erwerbsarbeit bestimmt die Lebensgestaltung

Die Dominanz der Erwerbsarbeit hat zur Konsequenz, dass andere gesellschaftliche Arbeiten wie Familienarbeit und soziales und bürgerschaftliches Engagement in den Privatbereich als Freizeitbeschäftigung verwiesen werden und somit gesellschaftlich geringer bewertet werden. Eine Vielzahl

gesellschaftlich notwendiger Arbeit im ökologischen und sozialen Bereich kann aufgrund fehlender finanzieller Ressourcen nicht geleistet werden. Gleichzeitig werden enorme Summen zur Finanzierung der Arbeitslosigkeit genutzt, statt die Erledigung der oben genannten Arbeiten zu finanzieren. Einem Teil der jungen Generation ist der Weg in das System von Ausbildung und Beschäftigung versperrt. Diesen jungen Menschen fehlt die Perspektive auf eine Teilhabe an der Erwerbsarbeit und an zentralen gesellschaftlichen Bereichen. Individuelle Möglichkeiten souverän über den eigenen Lebensrhythmus, über Arbeitszeiten und andere Zeiten zu bestimmen, lässt das System von Erwerbsarbeit in der Regel nicht zu.

Geschlechtsspezifische Arbeitsteilung

Geschlechtergerechtigkeit ist in unserer Gesellschaft nicht erreicht. Die bestehenden Strukturen des Arbeitsmarktes und der sozialen Sicherung werden dem neuen Rollenverständnis von Frauen und der veränderten Familienrealität nicht gerecht. Die traditionelle geschlechtsspezifische Arbeitsteilung hat an Bedeutung verloren, weil Frauen heute selbstverständlich in vielen Bereichen der Erwerbsarbeit Verantwortung übernehmen. Dieser verstärkten Erwerbstätigkeit von Frauen steht eine beharrliche Abstinenz von Männern zur Übernahme von Verantwortung für Kindererziehung und Hausarbeit gegenüber. Der Erwerbsarbeitsmarkt ist weiterhin in Bezug auf Bezahlung und Status stark geschlechtshierarchisch geprägt. Dies zeigt sich im Einkommens- und Statusgefälle zwischen Frauen und Männern sowie daran, dass der größte Teil der Beschäftigten, die in ungesicherten nicht existenzsichernden Beschäftigungsverhältnissen arbeiten, Frauen sind.

Vernachlässigung der Bildungspolitik

Die Ausbildung an Schulen und Universitäten wird immer stärker auf die ökonomische Verwertbarkeit ausgerichtet. Der Druck auf die Institutionen sowie auf die Schülerinnen und Schüler und die Lehrenden wächst. Ein ganzheitlicher Ansatz, der Bildung als einen individuellen Prozess versteht und somit auf die jeweilige Person konzentriert ist, wird zurückgedrängt. Die Verteilung der Bildungschancen klappt immer stärker auseinander, diese werden zunehmend durch die materiellen Möglichkeiten der Eltern bestimmt. Die Betriebe kommen ihrer Verpflichtung, Ausbildungsplätze in einem ausreichenden Umfang zur Verfügung zu stellen, nach wie vor nicht nach. In den neuen Bundesländern ist es überhaupt noch nicht gelungen, einen ausreichenden Grundstock an betrieblichen Ausbildungsplätzen aufzubauen.

Umweltschädliches Wirtschaften

Das Prinzip der Nachhaltigkeit wird nach wie vor in vielen Bereichen des Wirtschaftens verweigert. Das erforderliche ökologische Handeln, Generationengerechtigkeit und die dauerhafte Sorge werden damit verneint. Wir sind konfrontiert mit enormen ökologischen Problemen wie Klimawandel, Flächenverbrauch, zunehmende Verkehrsdichte, Fehlsteuerungen in der Landwirtschaft, stetig wachsendes Abfallaufkommen und unverantwortliches Verharren in den fossil-nuklearen Energiestrukturen. Lösungen werden bisher nur äußerst unzureichend angegangen. In den Marktpreisen von Produkten und Dienstleistungen drücken sich immer noch nicht die externen Umweltkosten aus; dies gilt jedoch als notwendige Voraussetzung für ein ökologisches Wirtschaften. Das Wirtschaften und die andauernde Wachstumsorientierung in Deutschland sind nach wie vor in hohem Maße umweltschädlich und zerstören damit weltweit die Lebensgrundlagen der gegenwärtigen und zukünftigen Generationen.

Grundlinien für eine Kultur der Solidarität

„Der BDKJ will die Selbstverwirklichung junger Menschen und eine menschenwürdigere Gesellschaft auf der Grundlage der Botschaft Christi in Mitverantwortung für die Gesamtheit des Volkes Gottes, in Einheit mit der Gesamtkirche und in Übereinstimmung mit den Grundrechten anstreben.“

(Präambel der Bundesordnung des BDKJ)

MENSCHENWÜRDE IST DIE WICHTIGSTE GRUNDLAGE UND VORAUSSETZUNG EINER KULTUR DER SOLIDARITÄT.

Menschenwürde in Unterschiedlichkeit

Als Christinnen und Christen glauben wir, dass Mädchen, Jungen, Frauen und Männer als Geschöpfe Gottes bedingungslos angenommen und geliebt sind. Dieser Glaube konkretisiert sich in Akzeptanz und Respekt gegenüber allen Menschen - unabhängig von ethnischer Herkunft, Geschlecht, sozialem Status und Leistungsvermögen. Jeder Mensch hat Talente und Fähigkeiten, die entfaltet werden sollen. Die daraus entstehende Unterschiedlichkeit ist eine Bereicherung. Sie stellt aber auch eine Spannung im Zusammenleben der Menschen dar und muss daher durch Rahmenbedingungen unterstützt werden, die Anerkennung und Kooperation fördern sowie allen Menschen gleiche Rechte und gleichen Zugang zu Ressourcen sichern.

EINE KULTUR DER SOLIDARITÄT MISST SICH AN DEN WERTEN FREIHEIT UND SOLIDARITÄT.

Freiheit

Ohne Freiheit ist eine Gesellschaft für uns ChristInnen nicht denkbar. Freiheit ist die Chance, sich selbst zu entfalten und zu verwirklichen und die verschiedenen Wahlmöglichkeiten des Lebens zu nutzen. Damit dies für alle gleichermaßen möglich ist, muss eine Gesellschaft sich immer wieder darum bemühen für alle gerechte Startbedingungen zu gewährleisten und gleichwertige Entfaltungsmöglichkeiten zu eröffnen. Hierzu gehört, dass allen die grundlegenden materiellen und immateriellen Möglichkeiten zur Verfügung stehen, denn Freiheit bedeutet nicht Beliebigkeit oder das Recht des Stärkeren.

Freiheit in christlichem Sinne kann sich erst dann entfalten, wenn die Verantwortung für das von Gott geschenkte eigene Leben, die Gemeinschaft, die Welt und die Schöpfung übernommen und immer wieder der Versuch unternommen wird, für die Fragen der Zeit eine verantwortete Gewissensentscheidung zu treffen. Die persönliche Freiheit endet an der Grenze zur Freiheit der Anderen.

Ohne soziale Verantwortung ist die Freiheit in Gefahr in Egoismus, Habgier und Ausbeutung auszuarbeiten. Die Einzelnen und die Gesellschaft im Ganzen sind verantwortlich dafür, dass die Freiheit, die freie Entfaltung der Fähigkeiten und Kräfte und der Wettbewerb, auch auf die sozialen Erfordernisse und Ziele hin, geordnet sind.

Nur freie Menschen haben die Möglichkeit, sich zusammen zu schließen, ihre Interessen zu vertreten und damit demokratische Prozesse zu initiieren.

Solidarität

Im Sinne einer christlich begründeten Freiheit müssen sich Freiheit und Solidarität gegenseitig ergänzen und stehen gleichzeitig immer in einem Spannungsverhältnis zueinander.

Solidarität ist die Bereitschaft, sich für das Gemeinwohl, d.h. für das Wohl aller und jedes/jeder Einzelnen einzusetzen.

Gesellschaftliches Zusammenleben kann nur dann gelingen, wenn die einzelnen Menschen ihre Ideen, Fähigkeiten und Kräfte und ihre Bereitschaft zum solidarischen Miteinander einbringen. Eine solidarische Gesellschaft muss Strukturen der Umverteilung schaffen, die auch weniger Leistungsfähigen die Teilhabe an Besitz, Einkommen und Gesellschaftsgestaltung sichern. Für die Einzelnen bedeutet Solidarität einerseits die Bereitschaft der Besitzenden, die weniger Leistungsfähigen an ihrem Besitz teilhaben zu lassen und andererseits die Verpflichtung zum Engagement für gerechtere Rahmenbedingungen und die

gerechte Verteilung von Lebenschancen für alle.

„Ebenso wie die gleiche Menschenwürde aller die Einrichtung der Gesellschaft nach dem Grundsatz der Solidarität verlangt, fordert sie zugleich dazu heraus, der je einmaligen Würde und damit der Verantwortungsfähigkeit und Verantwortlichkeit einer jeden menschlichen Person Rechnung zu tragen. Deshalb wird der Solidarität das Prinzip der Subsidiarität zur Seite gestellt.“ (aus: Sozialwort der beiden Kirchen zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland, Ziffer 120) die die Eigenbemühungen und Eigenverantwortung des Einzelnen einfordert, ihm aber gleichzeitig die Unterstützung der Gemeinschaft zusagt, falls die Eigenbemühungen nicht zur Gestaltung eines Lebens in Würde ausreichen.

Wer sich für solidarischere Gesellschaftsmodelle engagiert, braucht Konfliktbewusstsein, den Mut, ungerechte Strukturen und deren Verursacher zu benennen, und eine Konfliktstrategie, die alternative Visionen zu Gunsten der Benachteiligten entwickelt. Solidarität heißt nicht nur „miteinander“ sondern auch „gegenüber“.

EINER KULTUR DER SOLIDARITÄT SIND DIE BEIDEN PRINZIPIEN GERECHTIGKEIT UND NACHHALTIGKEIT ZUZUORDNEN.

Gerechtigkeit

Die Menschenwürde und die christlichen Werte der Freiheit und Solidarität erfordern Gerechtigkeit als grundlegendes Ordnungsprinzip von Gesellschaft. Dies bedeutet, dass jeder und jedem das Recht zukommt, als Person anerkannt zu werden und ein menschenwürdiges Dasein zu führen.

Soziale Gerechtigkeit will angesichts real unterschiedlicher Ausgangsvoraussetzungen bestehende Diskriminierung auf Grund von Ungleichheiten abbauen und allen in der Gesellschaft gleiche Lebenschancen ermöglichen. Dafür muss neben politischen Beteiligungsrechten für die Einzelnen häufig auch ein Ausgleich zwischen Gruppen mit unterschiedlichen Interessenlagen geschaffen werden. Es gilt Ungerechtigkeiten zwischen Armen und Reichen, Frauen und Männern, Erwerbsarbeitenden und Arbeitslosen, sowie der jungen und alten Generation auszugleichen.

Gerechtigkeit wird realisiert in Wahrnehmung der vorrangigen Option für die Armen. Es muss ein materieller Ausgleich zwischen Armen und Reichen realisiert werden, der die sozialen Lasten und materiellen Chancen so verteilt, dass alle entsprechend ihren Möglichkeiten gefördert beziehungsweise gefordert werden. Gerechtigkeit ist hierbei nicht nur ein national staatliches Prinzip, sondern auch Leitprinzip internationaler Beziehungen und Strukturen.

Die zunehmende Globalisierung kann so dazu beitragen, den Anspruch auf Anerkennung und Verwirklichung der Menschenrechte für alle Menschen voran zu bringen und eine gerechte Verteilung der Lebenschancen auf internationaler Ebene zu verwirklichen.

Nachhaltigkeit / Dauerhafte Sorge

Da uns nach christlichen Vorstellungen die Schöpfung zur Gestaltung und Bewahrung anvertraut ist, muss politisches Handeln sich am Prinzip der Nachhaltigkeit orientieren. Nachhaltigkeit lässt Möglichkeiten für spätere Veränderungen, insbesondere für kommende Generationen offen und akzeptiert die begrenzten Kapazitäten und Rechte jeder Generation und jeden Landes. Junge Menschen sind auf die Bereitschaft der älteren Generationen zu nachhaltigem wirtschaftlichen, sozialen und politischen Handeln angewiesen.

Nachhaltigkeit steht für wirtschaftliches, soziales und politisches Handeln, das nicht länger auf ökonomisches Wachstum um (fast) jeden Preis setzt, sondern nach Wegen sozial- und umweltgerechter Entwicklung sucht. Das Nachhaltigkeitsprinzip akzeptiert die begrenzten Möglichkeiten der Menschen einer Generation, die begrenzte Tragkapazität der Natur und die Nutzung erneuerbarer Ressourcen nur bis zum Grad ihrer Reproduzierbarkeit. Nachhaltiges Handeln erfordert lokales Handeln, das auf der Einsicht in globale Zusammenhänge und der Verantwortung für internationale Gerechtigkeit zwischen den Völkern beruht. Eine nachhaltige Gesellschaftsentwicklung ist ohne die Beteiligung aller betroffenen Gruppen an den politischen Entscheidungsprozessen und ohne Berücksichtigung geschlechtsspezifischer, ökologischer und kulturfördernder Perspektiven in Forschungs- und Handlungsfeldern nicht realisierbar.

Vision für Generationengerechtigkeit, Geschlechtergerechtigkeit, soziale Sicherheit und ein neues Arbeitsverständnis

„Im Interesse der eigenständigen Lebens- und Zukunftsgestaltung von Kindern und Jugendlichen setzt sich der BDKJ für eine gerechte, solidarische und zukunftsfähige Gesellschaft ein. ... Er tritt ein für einen an Nachhaltigkeit orientierten Strukturwandel der Industriegesellschaft, der den Vorrang des Naturerhalts und der sozialen Gerechtigkeit sicherstellt.“

(Grundsatzprogramm des BDKJ)

Die folgende Vision skizziert anhand der Kritik des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend an den bestehenden Verhältnissen und an den mangelnden Strukturen sozialer Umverteilung neue Instrumentarien, die zu mehr sozial-kultureller Gerechtigkeit in der deutschen Gesellschaft beitragen können.

Kritikpunkt: Familienarmut

Der BDKJ sieht in seiner Vision für jede/n Bürger/Bürgerin Deutschlands von Geburt an ein *Grundeinkommen* vor, das die Lebensgestaltung knapp oberhalb des soziokulturellen Existenzminimums absichert. Darüber hinaus ist eine weitere Ausgestaltung und Absicherung der Lebenslagen in die Verantwortung jedes/jeder Einzelnen gelegt.

Kritikpunkt: Sozialer Status durch Erwerbsarbeit

In der Vision wird eine *adäquate Anerkennung aller gesellschaftlich notwendigen Arbeiten* angestrebt. Gleiches Ansehen verdienen neben der Erwerbsarbeit auch: Kindererziehung, Hausarbeit, häusliche Pflege und freiwilliges / ehrenamtliches Engagement. Gleichwertige, gesellschaftliche Anerkennung für alle gesellschaftlich notwendigen Arbeiten soll dazu beitragen, das Selbst- und Rollenverständnis der Menschen zu verändern. Wenn Frauen und Männer auch unabhängig von Erwerbsarbeit persönliche Anerkennung, soziale Kontakte und Gestaltungsmacht erhalten, kann Selbstbewusstsein, Identität und Lebensplanung unabhängig von der Erwerbsarbeit entwickelt werden.

Kritikpunkt: Abbau statt Weiterentwicklung der Strukturen sozialer Umverteilung

Zukünftig soll auf die *Verstärkung sozialer Umverteilungsmöglichkeiten* gesetzt werden. Möglichkeiten zum Ausbau solidarischer Umverteilung bestehen u.a. darin, den Verbleib Besserverdienender in der gesetzlichen Krankenversicherung statt ihren Ausstieg in die private Krankenversicherung zu fördern; den umlagefinanzierte Teil der Rentenversicherung stärker zu gewichten und auszubauen; die Rente zusätzlich zu den persönlichen Beiträgen der ArbeitnehmerInnen durch eine Wertschöpfungsabgabe zu finanzieren und alle Einkommensgruppen in die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme mit einzubeziehen.

Kritikpunkt: Erwerbsarbeit bestimmt Lebensgestaltung

Den Individuen soll zukünftig mehr persönliche *Zeitsouveränität* eingeräumt werden. Dazu ist eine generelle Verkürzung der tariflichen Jahresarbeitszeit

und die weitere Verbesserung der Rahmenbedingungen für Teilzeitarbeit notwendig. Mit dieser Veränderung würden die Rahmenbedingung für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert.

Kritikpunkt: Geschlechtsspezifische Arbeitsteilung

Die BDKJ-Hauptversammlung stellt der Geschlechtergerechtigkeit die Idee der *hälftigen Arbeitsteilung aller gesellschaftlich notwendigen Tätigkeiten zwischen Frauen und Männern* entgegen. Nicht das Geschlecht, sondern die Interessen, Motivationen und Fähigkeiten eines Menschen sollen ausschlaggebend für die Wahl der Tätigkeit werden.

Kritikpunkt: Vernachlässigung der Bildungspolitik

In der Vision des BDKJ soll die Bildung zukünftig wieder den Einzelnen als Mensch und ihre/seine *persönliche Entfaltung ins Zentrum rücken*. Menschen dürfen und sollen in ihrer Subjekthaftigkeit nach Gottes Willen ihr Leben eigenverantwortlich gestalten und ihren eigenen Lebensweg finden und gehen. Dies gilt es im Bildungsprozess zu respektieren und zu fördern.

Die Zugangsmöglichkeiten sowohl zur dualen Ausbildung als auch zu Studium und Weiterbildung sind wesentlich zu erweitern und den veränderten Lebenswirklichkeiten der Menschen anzupassen. Institutionelle und verbandliche Träger richten ihr Angebot Bildungsangebot sowohl auf für kulturelle Bildung und Sport als auch auf für Jugend (verbands-)arbeit, Familienbildung, ökologisches, soziales und politisches Lernen aus. Sie berücksichtigen den Bedarf von an Kompetenzaneignung für den freiwilligen, ehrenamtlichen Tätigkeitsbereich.

Kritikpunkt: Umweltschädliches Wirtschaften

Produktion und Dienstleistungen orientieren sich in allen Tätigkeiten und Berufen – vom ungelerten bis zum akademischen Bereich – am *Leitbild der Nachhaltigkeit*. Neue Wirtschaftsmärkte und Arbeitsplätze, die ökologisch orientiert sind, entstehen. Ökologisch schädliche Wirtschafts-, Energie- und Rohstoffstrukturen werden abgebaut. Durch ein weitreichendes ökologisches Steuersystem wird eine Internalisierung der externen Umweltkosten erreicht. Preise spiegeln somit die tatsächlichen gesellschaftlichen Kosten wider und tragen damit zur Umsteuerung auf ein ökologisch zukunftsfähiges Wirtschaften bei. Umweltschädliche Subventionen werden abgebaut.

Vision einer gerechteren Gesellschaft von morgen

Diese visionären Elemente beschreiben die gerechte und solidarische Gesellschaft der Zukunft wie folgt:

Ein neuer gesellschaftlicher Konsens erkennt die Bedeutung und gesellschaftliche Notwendigkeit von Kindererziehungs- und Betreuungsarbeit, Hausarbeit, freiwilligem ehrenamtlichen Engagement neben der Erwerbsarbeit als gleich wichtige Bestandteile eines menschenwürdigen Lebens an. Die veränderte Wertschätzung der unterschiedlichen Tätigkeitsbereiche manifestiert sich in veränderten Tarifen / Bezahlungen im Bereich der personenbezogenen Dienstleistungen sowie in der Arbeits(ver-)teilung zwischen Frauen und Männern und im Wechsel der Individuen zwischen verschiedenen Tätigkeiten und Berufen.

Die meisten Erwachsenen verteilen ihr Zeitbudget ausgewogen auf Erwerbstätigkeit, Familienarbeit, Hausarbeit, weitere Eigenarbeiten und auf freiwilliges gesellschaftliches Engagement im kulturellen, sportlichen oder sozialpolitischen Bereich. Je nach Alter und Familiensituation hat sich eine Variationsbreite von zeitlichem Nebeneinander oder Nacheinander in der Kombination der verschiedenen Tätigkeitsbereiche entwickelt.

Durch die Kombination der Einführung eines Grundeinkommens mit der Reduzierung der tariflichen Jahresarbeitszeit und der Schaffung von mehr Zeitsouveränität für die Beschäftigten ist es gelungen, nicht nur die materielle Armut von Kindern und Jugendlichen zu überwinden, sondern auch eine zeitliche Entlastung für Familien zu bewirken.

Die meisten Mütter und Väter von Kindern unter 10 Jahren sind nur 10 bis 25 Stunden in der Woche berufstätig und verbringen einen großen Teil ihrer Zeit gemeinsam mit den Kindern. Gleichzeitig ermöglichen flexible Kinderbetreuungseinrichtungen ab 0 Jahren auch Müttern und Vätern eine hohe Flexibilität in der Ausgestaltung ihrer Kapazitäten für freiwilliges Engagement und Erwerbstätigkeit.

Erwerbstätigkeit hat in Deutschland neue Dimensionen angenommen, die die erwachsene Bevölkerung motivieren, ihre Kompetenzen in den Bereich der Erwerbstätigkeit einzubringen:

- die angebotenen Arbeitsplätze bieten sinnstiftende, am Nachhaltigkeitsprinzip orientierte Tätigkeiten in allen Berufen vom ungelerten bis hin zum akademischen Bereich;
- die Möglichkeit zur flexiblen Arbeitszeitgestaltung richtet sich sowohl nach familiären und privaten Bedürfnissen der ArbeitnehmerInnen als auch nach betrieblichen Erfordernissen.

Das Grundeinkommen sichert Erwachsenen und Kindern das kulturelle Existenzminimum. Jugendliche und junge Erwachsene können ihre Lebensentscheidungen in größerer Selbstbestimmung vollziehen. Der Betrag wird denen, die selbst höhere Einkünfte haben, steuerlich freigestellt (von der Steuerlast abgezogen) und den anderen in der Höhe ausbezahlt, die ihnen nach Abzug einer möglichen Steuerschuld noch zusteht. Das Grundeinkommen ersetzt viele der früheren Sozialleistungen und erspart den Gang zum Sozialamt. Sowohl bei der Steuerberechnung als auch bei der Auszahlung (negative Einkommensteuer) kommen alle Einkommensarten zur Anrechnung.

Da die Erwerbstätigkeit von der Dimension der Existenzsicherung losgelöst wurde, haben sich neue Arbeitsteilungen zwischen Frauen und Männern und zwischen jungen und alten Menschen entwickelt. Arbeit ist jetzt individueller, entsprechend der Interessen, Neigungen und Kompetenzen verteilt.

Das deutsche Bildungssystem hat wesentliche strukturelle Veränderungen vorgenommen, die den veränderten Lebenswirklichkeiten der Menschen Rechnung tragen. Die allgemein bildenden Schulen kooperieren auf kommunaler Ebene sowohl mit den Kinderbetreuungseinrichtungen als auch mit allen Trägern von Kinder- und Jugendarbeit, so dass für Kinder und Jugendliche ein flexibles Angebot entstanden ist, das ihnen je nach Situation und freier Entscheidung sowohl rund-um-die-Uhr Betreuung als auch freie Nachmittage und wechselnde Nachmittagsgestaltung ermöglicht. Das duale System der Ausbildung wurde stabilisiert und so weiterentwickelt, dass das Angebot die Nachfrage bei weitem übersteigt und auch von Erwachsenen wahrgenommen werden kann, die im Laufe ihres Lebens einen Berufswechsel oder eine zusätzliche Ausbildung anstreben, um ihren Tätigkeitsbereich zu verändern oder zu erweitern. Hochschulen haben ihre Zielgruppe wesentlich erweitert und gestalten ihr Angebot sowohl umfangreicher als auch flexibler. Zugang haben sowohl junge Erwachsene für eine Erstausbildung als auch Personen, die bereits über eine Ausbildung oder ein Studium verfügen und zusätzliche Weiterbildung anstreben. Darüber hinaus ist der Bereich der Weiterbildungseinrichtungen sowohl für kulturelle Bildung und Sport als auch für Jugendarbeit, Familienbildung, ökologisches, soziales und politisches Lernen ausgebaut und umgestaltet worden, um den erweiterten Bedarf von Kompetenzaneignung für den freiwilligen ehrenamtlichen Tätigkeitsbereich abdecken zu können.

Die Einführung des Grundeinkommens in Deutschland wurde auf der Basis einer stabilen Wirtschaft von internationaler Bedeutung realisiert,

indem diese ihr Orientierungsprinzip weg vom Wirtschaftswachstum hin zu nachhaltiger Wirtschaftsentwicklung umstellte. Da die soziale Absicherung der Menschen durch das Grundeinkommen von der Erwerbsarbeit weitgehend abgekoppelt wurde, wurden auch die beitragsorientierten Systeme solidarischer Umverteilung auf eine neue Grundlage gestellt. Das Grundeinkommen wird durch eine Wertschöpfungsabgabe sowie durch Steuern realisiert. In die Wertschöpfung werden alle unternehmerischen Umsätze sowohl aus Produktion als auch aus Kapital, Immobilien und Börsengeschäften einbezogen. Das Steueraufkommen in Deutschland ist dadurch verbreitert worden, dass jetzt alle Einkommen einbezogen werden und nach Leistungsfähigkeit besteuert werden. Das gesamte Subventionierungssystem ist reduziert und nach dem Nachhaltigkeitsprinzip umgestaltet worden.

Das Zusammenspiel folgender Innovationen weist den Weg hin zu der Vision einer gerechteren und solidarischen Gesellschaft der Zukunft:

Einführung der Wertschöpfungsabgabe zur Stabilisierung der Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme.

Einführung eines Grundeinkommens für alle ohne Bedarfsprüfung als Konsequenz auf die veränderte Situation am Arbeitsmarkt.

Realisierung des Grundeinkommens über die negative Einkommenssteuer, die Wertschöpfungsabgabe, die Besteuerung aller Einkommensarten und die Zusammenlegung der Sozialleistungen.

Reduzierung der (tariflichen) Jahresarbeitszeit und Verbesserung der Rahmenbedingungen für Teilzeitarbeit.

Bildungspolitische Reformen hin zu mehr Bildung und mehr Entscheidungsfreiheit für alle und hin zu flexiblerem Zugang zu Bildungseinrichtungen.

Ausrichtung der Erwerbsarbeit und des Wirtschaftens an ökologischen Maßstäben und dem Nachhaltigkeitsprinzip.

Aufhebung der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung durch Übernahme von Kindererziehung, Pflagetätigkeiten und Hausarbeit durch Männer.

Flexibilisierung der Arbeitszeitgestaltung, um mehr Zeitsouveränität für ArbeitnehmerInnen zu erreichen.

Ein derartiger Umbau der Gesellschaft ermöglicht es allen Bürgerinnen und Bürgern ein selbstbestimmtes und solidarisches Leben zu führen und weitet die Lebensperspektiven insbesondere für die jüngere Generation.

Die Skizze einer gerechteren Gesellschaft „Solidarität - Chance für die Zukunft!“ gilt als Grundlage für einen einjährigen vom BDKJ-Bundesvorstand zu strukturierenden inner- und außerverbandlichen Diskussionsprozess.